**Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister**

Ausschussbetreuender Fachbereich Umwelt und Technik	Datum 11. April 2007
	Schriftführer Willi Schmitz
	Telefon-Nr. 02202/141382
Niederschrift	
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	Sitzung am Donnerstag, dem 29. März 2007
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:10 Uhr - 21:28 Uhr
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnung	

A Öffentlicher Teil

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2007 - öffentlicher Teil**
- 3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2007 - öffentlicher Teil - 181/2007**
- 4. Mitteilungen des Vorsitzenden**
- 5. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6. Gas- und Wasserhauptrohrerneuerung der Rheinenergie auf der Odenthaler Straße, Mitteilungsvorlage zur Oberflächenwiederherstellung Ende 2005 61/2007**
- 7. Präsentation der Straßendatenbank 63/2007**
- 8. Sachstandsbericht zum Projekt "Erneuerung der Straßenbeleuchtung" 178/2007**

9. **Parkraumbewirtschaftung**
170/2007
10. **Investitionsprogramm des Abwasserwerks 2007 - 2022**
(Sanierung des Kanalnetzes, Regenwassereinleitung/-behandlung)
179/2007

Vorstellung des Hochwasserkonzeptes Strunde
167/2007
11. **Erneuerung der Straße "Am Lindenhof"**
165/2007
12. **ÖPNV-Beschleunigung an Lichtsignalanlagen in Bergisch Gladbach**
hier: Erneuerung der Anlagen Bensberger Straße, Mülheimer Straße, Gronauer Kreis, Refrather Weg, Dolmanstraße/Vürfelser Kaule und Kölner Straße
173/2007
13. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

B Nichtöffentlicher Teil

1. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2007 - nichtöffentlicher Teil -**
2. **Mitteilungen des Vorsitzenden**
3. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
4. **Sachstand "Integrales Konzept zur Umsetzung des § 45 Landesbauordnung für die kreisangehörigen Städte und Gemeinde des Rheinisch-Bergischen-Kreises**
166/2007
6. **Konzept zur Verbesserung der Toilettensituation in der Innenstadt von Bergisch Gladbach**
183/2007
7. **Kündigung des Geschäftsbesorgungsvertrages zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der Belkaw betreffend die Erhebung von Schmutzwassergebühren zum 01.01.2009**
184/2007
8. **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@-> Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, Herr Kremer, eröffnet die 18. Sitzung in der siebten Wahlperiode und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs- und fristgemäß einberufen wurde. Weiterhin stellt er die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Herr Waldschmidt möchte wissen, warum die Vorstellung des Hochwasserkonzeptes des Strundeverbandes im nichtöffentlichen Teil unter TOP B 5 behandelt werden soll. Da weder die Vorlage noch die Präsentation vertrauliche Daten beinhalte, beantragt er, diesen TOP in den öffentlichen Teil zu verschieben und vor dem TOP A 11 zu behandeln.

Dieser Antrag wird vom Vorsitzenden ebenfalls begrüßt.

Herr Ziffus möchte ebenso wie Herr Becker wissen, warum die „Situation der öffentlichen Toiletten“ ebenfalls zwingend im nichtöffentlichen Teil behandelt werden müsse.

Hierzu erklärt der Vorsitzende, dass die Vorlage personenbezogene Daten enthalte, darüber hinaus würden Grundstücksfragen angesprochen, so dass dies eine Behandlung im nichtöffentlichen Teil rechtfertige.

Herr Lang beantragt, beide TOP in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Sofern es um Grundstücksfragen bzw. personengebundene Daten gehe, könne man diese im nichtöffentlichen Teil behandeln, ansonsten sehe er keine Geheimhaltungspflicht bei beiden Punkten.

Ergänzend weist Herr Schmickler nochmals darauf hin, dass die Vorlage zu TOP B 6 personenbezogene Daten auch im Hinblick auf eine mögliche Übernahme der Bewirtschaftung der Toiletten enthalte. Dieser Inhalt sei unverzichtbarer Bestandteil für eine Behandlung im nichtöffentlichen Teil. Vor dem Hintergrund einer eventuellen Trennung der Vorlagen und deren Behandlung sowohl im öffentlichen als auch im nichtöffentlichen Teil habe er erhebliche rechtliche Bedenken, da es im Kern der Vorlage um die Finanzierbarkeit der Toiletten gehe.

Des weiteren weist Herr Dr. Fischer darauf hin, dass es auf Seite 53 der Einladung „B 4“ statt „B 5“ heißen müsste.

Sodann beschließt der Ausschuss einstimmig:

Die Behandlung des Tagesordnungspunktes B 5 „Vorstellung

Hochwasserkonzept des Strundeverbandes“ aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird in den öffentlichen Teil der Sitzung vor Tagesordnungspunkt A 11 verschoben.

Ferner beschließt der Ausschuss mit 3 Ja-Stimmen (BfBB und Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bei 13 Nein-Stimmen (CDU, SPD und FDP) bei einer Enthaltung (KIDinitiative):

Die Verschiebung des Tagesordnungspunktes B 6 „Konzept zur Verbesserung der Toilettensituation in der Innenstadt Bergisch Gladbach“ in den öffentlichen Teil wird abgelehnt.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2007 - öffentlicher Teil

@-> Die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 06.02.2007 – öffentlicher Teil – wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2007 - öffentlicher Teil -

@-> Der Ausschuss nimmt den Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr am 06.02.2007 – öffentlicher Teil – zur Kenntnis.

<-@

4 Mitteilungen des Vorsitzenden

@-> Es werden keine Mitteilungen vorgetragen.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeister

@-> Unter Hinweis auf die als Anlage zur Niederschrift beigefügte Pressemitteilung berichtet Herr Schmickler darüber, dass der Abfallwirtschaftsbetrieb der Stadt zwei Fahrzeuge gemäß dem neuesten Stand der Technik erhalten habe. Hierbei handelt es sich um ein Niederflur-Fahrzeug für den Entsorgungsbereich sowie ein Fahrzeug mit einem Wechselaufbau, welches sowohl im Winterdienst als auch für andere Zwecke im Straßenreinigungs- bzw. Entsorgungsbereich eingesetzt werden kann.

Anschließend verliest Herr Leuthe die ebenfalls als Anlage zur Niederschrift beigefügte Mitteilung zum Sachstand der Regionale 2010 (*Anm.: Die entsprechende Mitteilung wurde den Mitgliedern des Ausschusses bereits während der Sitzung in Kopie überreicht.*).

Im Hinblick auf den geplanten Strundekorridor möchte Herr Waldschmidt wissen, inwieweit die Realisierung der gewünschten durchgehenden Wegeverbindung entlang der Strunde voranschreite und ob den Eigentümern bereits entsprechende Angebote zum Erwerb der Flächen durch die Stadt unterbreitet worden seien.

Hierzu teilt Herr Leuthe mit, dass ein Ankauf der Liegenschaften erst in Frage

komme, wenn dieses Projekt im Rahmen der Regionale 2010 als sog. A-Projekt eingestuft werde. Im Vorfeld habe man jedoch bereits den Kontakt zu verschiedenen Eigentümern gesucht und bereits ein Angebot für den Erwerb eines Teilstücks erhalten. Ferner gebe es im Bereich Gut Schiff in Herrenstrunden Gespräche, den Fußweg von der Straße hin zur Strunde zu verlegen.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, dass den Ratsmitgliedern der Plan des Kultur-Netzwerks der Regionale zugeschickt worden sei. Er vermisse jedoch hierin das Strunde-Konzept und möchte wissen, warum dies dort nicht mit aufgeführt worden sei.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass das Strunde-Projekt kein eigenes Projekt mehr sei und somit dort als Bestandteil des Gesamtprojekts RegioGrün mit enthalten sei. Dies habe man dem Ausschuss in der letzten Diskussion auch so mitgeteilt. Diese Projekt werde in Kürze A-Projekt und sei demnach auf einem guten Weg.

<-@

6 Gas- und Wasserhauptrohrerneuerung der Rheinenergie auf der Odenthaler Straße, Mitteilungsvorlage zur Oberflächenwiederherstellung Ende 2005

@-> Der Vorsitzende verweist zu diesem TOP auf die ergänzenden Mitteilungen, die vor der Sitzung als Tischvorlage verteilt wurden.

Ob in einem solchen Fall der kompletten Neugestaltung einer Straße wie bei der Odenthaler Straße die Stadt keine Möglichkeiten habe, den ursprünglichen Zustand zu fordern, möchte Herr Ziffus wissen.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass gerade dies die Intention der Vorlage gewesen sei. Im Fall der Odenthaler Straße habe man auf der Grundlage des Konzessionsvertrages einen Gutachter eingeschaltet und sei sicher gewesen, eine Entscheidung im Sinne der Stadt zu bekommen. Dies sei jedoch nicht der Fall gewesen, so dass man vor dem Hintergrund des zweiten Falles, wie in der Tischvorlage geschildert, den Sachverhalt unkommentiert den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis gegeben habe. Bei der Odenthaler Straße habe sich nunmehr eine neue Entwicklung ergeben, da bereits ein halbes Jahr nach der Baumaßnahme Schäden aufgetreten seien, die im Rahmen der Gewährleistung zu beseitigen sind. Aus diesem Grund habe man einen neuen Gutachtertermin anberaumt. Auch er vertrete auf der Grundlage des Konzessionsvertrages sowie des dazugehörigen Schriftwechsels die Auffassung, einen Anspruch auf die Wiederherstellung des vorherigen Zustandes zu haben.

Herr Lang möchte wissen, warum ein Gutachter von Nöten sei, wenn die Stadt der Auffassung sei, dass mangelhaft gearbeitet wurde. Er vertritt daher die Auffassung, dass es ausreiche, wenn die Verwaltung der Meinung sei, es liege eine nicht ordnungsgemäße Wiederherstellung vor. Weiterhin möchte er wissen, welche Kosten durch den Einsatz des Gutachters entstanden seien.

Diesbezüglich verweist Herr Hardt darauf, dass ein Gutachter nach dem Konzessionsvertrag nur dann verpflichtend eingesetzt wird, wenn zwischen der Stadt und der Belkaw Meinungsverschiedenheiten über die Beurteilung der Maßnahme vorliegen. Im vorliegenden Fall hätten die Kosten für den Gutachter rund 2.500 –

3.000 € betragen, wobei diese Kosten nach dem Konzessionsvertrag von der Vertragspartei zu tragen seien, die beim Gutachten unterlegen sei. Dies sei in diesem Fall nach derzeitigem Stand die Stadt gewesen.

Ob anhand des Falles Duckterather Weg ein Wechsel in der Abstimmung mit der RheinEnergie zu erkennen sei, möchte Herr Dr. Fischer wissen. Weiterhin möchte er wissen, warum so kurzfristig im Anschluss an die städtische Baumaßnahme die Verlegung der Gasleitung erforderlich wird.

Nach Ansicht von Herrn Freese sei in vielen Bereichen eine Verschlechterung der Kommunikation zwischen der Stadt und der Rheinenergie festzustellen, insbesondere, seit die Belkaw an die RheinEnergie angebunden worden sei. Während man früher in vergleichbaren Fällen zum Wohle des Bürgers entschieden habe, sei dieser Trend in letzter Zeit nicht mehr festzustellen. Er regt an, dieses Problem durch einen Schriftwechsel von höherer Stelle in der Verwaltung nochmals zur Sprache zu bringen, um eine Meinungsänderung zum Wohle der Bürgerschaft herbeizuführen.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass er auf die Situation in regelmäßigen Gesprächen mit der RheinEnergie aufmerksam gemacht habe und dies zukünftig auch weiter tun werde. Man sei sich bei der RheinEnergie auch im Klaren über die Probleme, jedoch sei es schwierig, da viele Entscheidungen zentral und nicht vor Ort getroffen würden. All diese Probleme würden seitens der Stadt in der gebotenen Offenheit angesprochen, er persönlich habe den Eindruck, dass dies auf Seiten der RheinEnergie im Wesentlichen auch so gesehen werde. Jedoch sei klar, dass sich auf Seiten der RheinEnergie etwas ändern müsse, wenn eine Verbesserung eintreten solle.

Seitens der Verwaltung verweist Herr Hardt darauf, dass die Mitteilungsvorlage dazu beitragen soll, die Probleme zu nennen und die RheinEnergie dahingehend bewegen zu können, auf derartige Probleme zukünftig sensibler zu reagieren. Im Falle des Duckterather Weges handele es sich um die Sanierung einer bereits vorhandenen Gasleitung. Auch hier habe man seitens der Stadt vor der Kanalbaumaßnahme mit der RheinEnergie zwecks Erneuerung von Leitungen angesprochen. Von dort aus habe man seinerzeit erklärt, noch keinen Bedarf zu haben und führt nunmehr u.a. die Kanalbaumaßnahme als Ursache für die Schäden an der Gasleitung an. In Abweichung der sonstigen Vorgehensweise habe die RheinEnergie jedoch zugestimmt, nicht nur den Leitungsgraben, sondern die halbe Fahrbahn wiederherstellen zu lassen.

Herr Dr. Fischer fragt, auf welcher Grundlage die RheinEnergie behauptet, dass die Gasleitung durch die Kanalbaumaßnahme beschädigt worden sei, antwortet Herr Hardt, dass seitens der RheinEnergie nicht unterstellt wurde, die Leitung aktiv beschädigt zu haben. Vielmehr könne es neben entsprechenden Altersschäden der rund 30 – 40 Jahre alten Leitung auch durch den Kanalbau zu weiteren Schäden gekommen worden sein. Er verweist hierzu auf die Stellungnahme der RheinEnergie in der Tischvorlage.

Herr Dr. Kassner hofft in diesem Zusammenhang, dass seitens der RheinEnergie deshalb keine Regressansprüche an die Stadt gestellt werden.

Herrn Lang bittet um Übersendung der entsprechenden vertraglichen Grundlage. Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass dies im Konzessionsvertrag geregelt werde.

Jedoch sei die gesamte gesetzliche Situation bei der Benutzung öffentlicher Straßen durch Leitungsträger sehr zu deren Gunsten und dementsprechend zu Lasten der Kommunen als Baulastträger orientiert. Insofern wehrt er sich gegen entsprechende Kritik und verweist auf die gesetzlichen Zuständigkeiten.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss die Vorlage der Verwaltung zur Kenntnis.

<-@

7

Präsentation der Straßendatenbank

@-> Anhand einer Power-Point-Präsentation, die als Anlage zur Niederschrift beigefügt ist, vermittelt Herr Hardt den Anwesenden einen Einblick in die Straßendatenbank des Betriebs Verkehrsflächen.

Hieran anschließend dankt der Vorsitzende Herrn Hardt für die aufschlussreiche Präsentation.

Herr Ziffus möchte wissen, warum sich zwischen der Bewertung der Straßen einerseits und dem offensichtlichen Zustand eine Differenz ergebe. Seiner Ansicht nach sei als Wert der Straßen nur der niedrigere Restbuchwert in Ansatz gebracht worden und müsse demzufolge bei intakten Straßen eindeutig höher liegen.

Diesbezüglich erklärt Herr Hardt, dass vor dem Hintergrund der jährlichen Abschreibungen der jeweilige Restbuchwert der Straßen in Ansatz gebracht worden sei. Würde man sämtliche Straßen heute neu ausbauen und bewerten, ergäbe dies einen Wert von rund 300 Mio. €. Dadurch, dass viele Straßen bereits sehr alt bzw. teilweise abgeschrieben seien, läge man jetzt bei einem Wert, der nur rund 1/3 des ursprünglichen Wertes betrage. Auch sei erkennbar, dass nur rund 10 % des Straßennetzes mit sehr gut oder gut beurteilt werden, während 1/3 der Straßen absolut sanierungsbedürftig seien.

Nach Ansicht von Herrn Ziffus müsse der Gesamtwert des Straßennetzes einschließlich der Grundstückswerte rund 400 Mio. € betragen. Würde man darüber hinaus auf der Basis des Wiederbeschaffungszeitwertes wie beim Kanalnetz abschreiben, wäre der Wert noch höher. Vor dem Hintergrund der NKF-Einführung möchte er wissen, wie diese unterlassenen Unterhaltungskosten dort ausgewiesen werden.

Hierzu erklärt Herr Schmickler, dass der Vermögensverlust im NKF, wie bereits jetzt auch in der kaufmännischen Buchführung, auszuweisen ist. Insgesamt dürfte allen Anwesenden darüber hinaus bewusst sein, dass seit Jahren nur die notwendigsten Unterhaltungs- und Sanierungsausgaben sowohl im kommunalen Hoch- als auch im Tiefbau durchgeführt werden und es somit zwangsläufig zu einem Sanierungsstau komme. Hier nützen seiner Ansicht nach keine Zahlenspiele, sondern vielmehr die Bereitstellung von Mitteln, um diese Sanierungsstaus beheben zu können. Da hiermit in absehbarer Zeit nicht zu rechnen sei, werde die Substanz des Vermögens zunehmend verbraucht, was bei den Straßen in der Örtlichkeit eindeutig zu erkennen sei.

Inwieweit Rats- und Ausschussmitglieder auf die Straßendatenbank Zugriff bekommen könnten, möchte Herr Dr. Steffen wissen. Im übrigen könne man sich am

Kreis ein Beispiel nehmen, der bei schlechten Straßen eine Temporeduzierung durch das Aufstellen von Schildern vornehme.

Zur Frage des Zugriffs teilt Herr Hardt mit, dass dieser technisch nicht möglich sei. Er sagt jedoch zu, konkrete Fragen von Rats- und Ausschussmitgliedern zu beantworten. Zur Frage der Temporeduzierung teilt er ferner mit, dass man auch bei städtischen Straßen aus Sicherheitsaspekten dort entsprechende Beschilderungen vorgenommen habe, wo man der Verpflichtung zum Ausbau nicht nachkommen könne.

Herr Dr. Fischer schlägt auf der Grundlage der Dokumentation vor, die Straßen der Kategorien 5 und 6 zu erfassen und darzulegen, welche Investitionen dort notwendig sein, um die Straßen wieder in einen ordentlichen Zustand zu versetzen. Dabei solle auch berücksichtigt werden, welche Beiträge von den Anliegern zu zahlen seien, damit diese frühzeitiger über eine Beitragserhebung informiert würden. Weiterhin gebe es seiner Information nach Richtlinien für die Instandhaltung von Straßen. Er bittet in diesem Zusammenhang um Mitteilung, welche Mittel hierfür im Verhältnis zur Fläche des Straßennetzes erforderlich seien.

Diesbezüglich erklärt Herr Hardt, dass eine Liste der Straßen in Kategorie 5 und 6 vorhanden sei. Ferner existiere hierzu eine Verknüpfung mit Abfragen sowohl zum Abwasserwerk als auch zur Belkaw, um evtl. Maßnahmen gemeinsam planen zu können. Er schlägt vor, in der kommenden Sitzung dem Ausschuss diese Liste mit den entsprechenden Informationen vorzulegen, um dann einen Vergleich mit den beabsichtigten Investitionen und den entsprechenden Empfehlungen vornehmen zu können.

Der Vorsitzende begrüßt diese Vorgehensweise, weil damit eine bessere Transparenz erreicht würde.

Die Anfrage von Herrn Waldschmidt, ob im Rahmen der Bilanzerstellung für die Einführung des NKF zwischen Abschreibungen für Straßen und Grundstücken unterschieden worden sei, wird seitens der Verwaltung bejaht.

Herr Jung weist daraufhin, dass die geschilderte Situation genau dem entspreche, worauf er stets hingewiesen habe. Der Wert der Straßen würde wegen des schlechten Zustandes stets abnehmen und wenn einmal Mittel für eine Straßensanierung bereitgestellt würden, würden diese als erstes wieder gestrichen, wenn woanders im Haushalt ein Deckungsvorschlag benötigt würde. Stattdessen müsse man sich einig sein, was man in Zukunft genau mit den Straßen machen wolle, anstatt ständig über kaputte Straßen zu jammern.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Kassner bestehe im NKF die Möglichkeit wertmäßig das darzustellen, was im Fall einer unterbleibenden Sanierung verloren geht. Hieraus müsse man in Kooperation mit dem Abwasserwerk, der Belkaw u.a. eine Strategie entwickeln, um Straßen, die erneuerungsbedürftig sind, bevorzugt zu behandeln. Auch müsse bedacht werden, dass nicht nur der Aspekt zu berücksichtigen sei, welche der erneuerungsbedürftigen Straßen noch nach BauGB oder KAG abgerechnet werden können, da dies für die Anlieger Kosten zur Folge hätte. Von daher handele es sich seiner Ansicht nach um eine politische Entscheidung, welche Straßen als erstes zu sanieren seien.

Dies wird von Herrn Hardt bestätigt. Bislang seien entweder das Abwasserwerk oder die Belkaw Auslöser einer Maßnahme gewesen, während sich der Betrieb Verkehrsflächen aufgrund der Synergieeffekte mit Straßenbaumaßnahme quasi hinten dran gehalten habe. Nur in wenigen Ausnahmefällen sei der schlechte Zustand einer Straße dafür verantwortlich, dass durch das Abwasserwerk oder die Belkaw geprüft werde, ob eine Sanierung des Kanals bzw. der Leitungen erforderlich ist. Straßen, die bislang insgesamt noch nicht erstmalig endgültig nach Baugesetzbuch hergestellt worden seien, würden dabei sowohl vor dem Hintergrund der bereits entstandenen Aufwendungen als auch vor dem Hintergrund noch möglicher Bebauung entlang der Straße bevorzugt betrachtet.

Unter Hinweis auf die Straße Neuer Trassweg, die in Kategorie 5 eingeordnet worden sei, bittet Herr Dr. Kassner um Nennung eines Beispiels aus der Kategorie 6. Herr Hardt bittet diesbezüglich auf die beabsichtigte Vorlage zur nächsten Sitzung zu warten.

Herr Lang erinnert daran, dass die Verwaltung gehalten sei, Personalkosten einzusparen. Er habe in der heutigen Sitzung jedoch viele Beiträge gehört, die darauf abzielen, der Verwaltung mehr Arbeit zu besorgen. Dies sollte bei allen Anregungen mit bedacht werden. Seiner Ansicht nach sei der Wert einer Straße objektiv ohnehin nicht feststellbar, so dass die Diskussion über den aktuellen Wert der Straße sowie die evtl. Fortschreibung der Verluste überhaupt nichts bringe. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Finanzsituation sei es müßig darüber nachzudenken, welche Straßen evtl. ausgebaut werden könnten. Hierüber müsse man erst nachdenken, wenn die Finanzsituation der Stadt besser sei.

Für Herrn Ziffus stellt sich die Frage nach etwaigen Konsequenzen aus den Informationen, um deren Vorlage die Verwaltung gebeten wird. Anhand der Kosten für die Erstellung eines Parkplatzes sowie dessen durchschnittliche Auslastung im Monat könne man Rückschlüsse auf die Bewirtschaftung dieser Flächen gewinnen. Des weiteren müsse man sich aufgrund der vorhandenen Defizite im Straßennetz die Frage stellen, ob zukünftig aufgrund der entstehenden Folgekosten überhaupt zusätzliche Straßen im Stadtgebiet entstehen dürften.

Nach Ansicht des Vorsitzenden dürfe sich die Frage der Parkplatzbewirtschaftung nicht ausschließlich auf den Aspekt der reinen Refinanzierung beschränken, sondern müsse auch im Gesamtwirtschaftsgefüge betrachtet werden.

Herr Rosen widerspricht den Äußerungen von Herrn Lang, da er durchaus hofft es noch erleben zu dürfen, dass die Stadt schuldenfrei wird. Im übrigen dankt er bereits jetzt der Verwaltung für die angekündigte Vorlage zur nächsten Sitzung, um so einen geeigneten Überblick über die notwendigen Maßnahmen zu bekommen.

Abschließend stellt auch Herr Dr. Fischer klar, dass sein Vorschlag nicht als unnötige Beschäftigung der Verwaltung zu sehen sei, sondern als Basis, wie in Zukunft in der Frage der Straßenerneuerung ein Strategiewechsel vollzogen werden könne. Auch halte er den entstehenden Aufwand für die Verwaltung aufgrund des Datenbestandes in der Straßendatenbank für erträglich.

<-@

Sachstandsbericht zum Projekt "Erneuerung der Straßenbeleuchtung"

@-> Anhand zweier Fotos, die am gleichen Standort aufgenommen wurden, erklärt Herr Hardt die Unterschiede zwischen der bisherigen Beleuchtung mit Röhrenleuchten sowie der geplanten mit Natrium-Hochdruckleuchten. Des Weiteren zeigt er den Anwesenden auf Entwurfszeichnungen Beispiele für Tragwerke, wie Sie in Kürze im Rahmen der beabsichtigten Pilotprojekte Märchensiedlung und obere Hauptstraße zum Einsatz kommen sollen. Bei diesen beiden Pilotprojekten habe man die Entscheidung für die Tragwerke bereits getroffen, plane für die Zukunft jedoch, eine Arbeitsgruppe aus Vertretern der Politik und der Verwaltung einzusetzen, die sich mit den einzusetzenden Tragwerken in den nächsten ca. 30 Jahren auseinandersetzen und eine Entscheidung für verschiedene Standorte im Stadtgebiet treffen soll.

Herr Jung befürwortet den Vorschlag, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die entscheiden soll, wie die Leuchten in Zukunft aussehen sollen.

Lob für das Projekt erteilt Herr Ziffus, da neben dem Effekt der Ersparnis auch die Möglichkeit bestehe, Einfluss auf die zukünftige Beleuchtung zu nehmen. Aufgrund der unterschiedlichen Architektur im Stadtgebiet schlägt er vor, in den jeweiligen Vierteln unterschiedliche Lampentypen in Anpassung an die Architektur einzusetzen.

Herr Krafft möchte wissen, inwieweit bereits jetzt geplant sei, LED-Technik einzusetzen. Weiterhin möchte er unter Hinweis auf Seite 12 unten der Vorlage wissen, ob die seitens der Belkaw geforderte Unbedenklichkeitsbescheinigung bereits vorliege.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass der Einsatz von LED-Technik in der Straßenbeleuchtung in den nächsten 10 – 15 Jahren noch nicht zu erwarten sei. Sollte die LED-Technik später zum Einsatz gelangen, würde die Umstellung wirtschaftlich und kostenmäßig gesehen lediglich einen kleinen Part im Gesamtprojekt einnehmen. Ansonsten bliebe nur die Möglichkeit, das gesamte Projekt um den entsprechenden Zeitraum zu schieben. Zur zweiten Frage teilt er mit, dass die Belkaw zwischenzeitlich dem Projekt auch positiv gegenüber eingestellt sei. Dies sei verständlicherweise ein langer Weg gewesen, da die Belkaw bislang auch die Energieversorgung sichergestellt habe. Die vorhandene Kabelstruktur sei derzeit so veraltet, dass neue Muffen zu den Leuchten zu setzen sind, um die Stromversorgung der Leuchten sicherzustellen. Dort, wo die Versorgung heute nicht ausreichend sei, habe die Belkaw zugesagt, die Infrastruktur zu ergänzen, speziell bei den beiden Pilotprojekten. Ergänzend weist er darauf hin, dass im Falle des Pilotprojektes obere Hauptstraße geplant sei, beleuchtete Displays am Tragwerk einzusetzen, um dort z.B. Werbung anzubringen.

Im Hinblick auf den Kostenfaktor plädiert Herr Jung dafür, nicht für jede Straße einen einzelnen Lampentyp zu verwenden. Stattdessen schlägt er vor, lediglich eine geringe Anzahl von unterschiedlichen Laternentypen einzusetzen, um auch die Vorratshaltung entsprechend zu begrenzen.

An die Vorstellung der Neukonzeption im letzten Jahr erinnert Herr Waldschmidt. Allerdings sei man seinerzeit möglicherweise etwas zu euphorisch gewesen und müsse nun dafür Lehrgeld bezahlen, da man die erste Kommune sei, die ein Projekt

der neuesten Generation umsetze. Vor diesem Hintergrund sei es wichtig, dass die Politik eng in die weitere Vorgehensweise eingebunden wird und in regelmäßigen Abständen Sachstandsmitteilungen von der Verwaltung zum Stand der Umsetzung erhalte.

Herr Dr. Steffen beantragt, eine Ausschreibung der einzelnen Teile getrennt vorzunehmen, obwohl dies möglicherweise wirtschaftlich nicht sinnvoll sei. Des Weiteren bittet er darum, im Hinblick auf den Aspekt des Klimaschutzes Öko-Stromangebote zu berücksichtigen.

Diesbezüglich erklärt Herr Hardt, dass es geplant sei, das Gesamtprojekt komplett auszuschreiben, da eine Vergabe der einzelnen Teilprojekte durch die Verwaltung auch wegen der unterschiedlichen Gewährleistungsfristen für einzelne Teile nur schwer zu koordinieren sei. Während bei den Pilotprojekten einige Teile bauseits gestellt würden, werde das Gesamtprojekt auch vor dem Hintergrund einer möglichen Finanzierung EU-weit an einen Unternehmer ausgeschrieben.

Ob durch die Belkaw sichergestellt werde, dass im Falle einer Vergabe des Gesamtprojekts die Erneuerung der Abzweigmuffen nicht zusätzlich in Rechnung gestellt würden, möchte Herr Dr. Fischer wissen. Sollte dies nicht der Fall sein, möchte er wissen, welche Kosten hierdurch entstünden. Weiterhin bittet er um Beantwortung der Frage, ob im Hinblick auf einen möglichen Vorsteuerabzug die Kosten nicht noch um die Mehrwertsteuer zu erhöhen seien, da diese auf jeden Fall von der Stadt zu tragen seien.

Herr Hardt weist darauf hin, dass sich die Vereinbarung mit der Belkaw, neue Muffen zu setzen, zunächst auf die Hauptstraße beziehe. Im weiteren Verlauf des Gesamtprojektes sei dies Aufgabe des neuen Versorgers, der dafür Sorge zu tragen habe, dass die Straßenbeleuchtung mit Strom versorgt wird. Sofern eine Erneuerung der Muffen notwendig wird, geht er von Kosten in Höhe von rund 300 € pro Lichtpunkt aus. Im übrigen sei es richtig, die Mehrwertsteuer in den Gesamtkosten nicht mit auszuweisen, da die Möglichkeit eines Leasing- bzw. Fondsmodells gegeben sei und die Mehrwertsteuer hierbei nicht berücksichtigt werden müsse.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Fischer nach den möglichen Zusatzkosten bei rund 10.000 Lichtpunkten erwidert Herr Hardt, es sei auszuschließen, dass Zusatzkosten in Höhe von 3 Mio. € entstünden, da diese Frage vom neuen Energieversorger zu berücksichtigen sei. Im Rahmen einer Überprüfung sei festgestellt worden, dass die Anschlüsse in vielen Fällen in Ordnung seien, es aber auch rund 2.000 – 3.000 Lichtpunkte im Stadtgebiet gebe, deren Anschlüsse auch für die derzeitige Beleuchtung nicht DIN gerecht seien.

Herr Ziffus plädiert dafür, die Option für Öko-Strom offen zu halten und nicht durch ein langfristiges Vertragswerk zu blockieren. Bezug nehmend auf die Ausführungen von Herrn Jung geht er ebenfalls davon aus, dass nicht mehr als 4 Leuchtentypen notwendig seien und nennt hierfür einige Beispiele.

Etwas erstaunt zeigt sich Herr Rosen darüber, dass es sich um ein Pilotprojekt handelt, da bei der Vorstellung des Konzepts in der November-Sitzung bereits Erfahrung bejaht worden seien.

Hierzu erklärt Herr Hardt, dass es sich um das Pilotprojekt der 7. Generation mit einer

erweiterten Digitalisierung handelt. Neu sei hierbei, dass eine stufenlose Dimmung der Leuchten nunmehr technisch möglich sei. Darüber hinaus sei bei den bisherigen Projekten das Vorschaltgerät stets im Leuchtenkopf gewesen, während sich dieses Gerät nunmehr im Tragwerk befinde.

Auf den Hinweis von Herrn Rosen, dass er seinerzeit bewusst nach der eingesetzten Technik gefragt und demnach offensichtlich eine falsche Antwort erhalten habe, erwidert Herr Hardt, dass in der Präsentation November 2006 die 6. Generation Stand der Technik gewesen sei und die Neuentwicklungen der 7. Generation in dieser Form bislang noch nicht umgesetzt worden seien.

Herr Freese erinnert daran, dass man als Mitglieder des Ausschusses bzw. des Rates ständig von Einwohnern angesprochen werde, es würden Lampen nicht funktionieren. Auf den Einwand, ob man sich diesbezüglich schon mit der Belkaw in Verbindung gesetzt habe, bekomme man stets die Antwort, dass diese trotz Erinnerungen nicht reagiere. Wenn man dann die Verwaltung anspreche, gehe es mit der Reparatur relativ schnell, insofern müsse man die Verwaltung hier loben und die Leistung der Belkaw mit mangelhaft bis ungenügend rügen. Wenn es, wie in der Präsentation im November dargelegt, nunmehr möglich sei, eine zentrale Überwachung der Straßenbeleuchtung zu bekommen, müsse dies jeden überzeugen. Insofern regt er an, die EU-weite Ausschreibung zunächst abzuwarten und dann zu schauen, ob der Versorger evtl. günstigen Öko-Strom anbietet, der auch in Zeiten des Nothaushalts anerkannt wird.

Die Probleme in Bezug auf die Meldung von defekten Lampen bei der Belkaw bestätigt Herr Dr. Steffen. Dies zeige gerade, dass nicht immer alles reibungslos verlaufe, wenn sich wie jetzt alles in der Hand der Belkaw befinde.

Aus eigener Erfahrung weist Herr Rosen darauf hin, dass es durchaus möglich sei, Öko-Strom Angebote zu bekommen, die unter der Strompreisen der Belkaw liegen.

Soweit seitens der Verwaltung zugesichert werde, dass die Nutzung von Öko-Strom im Rahmen des Gesamtprojektes stets geprüft wird, erklärt Herr Ziffus, den Antrag seiner Fraktion zurückzuziehen. Seitens der Verwaltung wird zugesagt, dies im Rahmen der Ausschreibung soweit wie möglich zu berücksichtigen.

Abschließend dankt der Vorsitzende nochmals der Verwaltung für diesen Sachstandsbericht und bittet, den Ausschuss über die weitere Vorgehensweise zu unterrichten. <-@

9 Parkraumbewirtschaftung

@-> Herr Widdenhöfer weist zu Beginn darauf hin, dass es Wunsch des Ausschusses gewesen sei, nach gut einem Jahr einen Erfahrungsbericht über die Änderungen in der Parkraumbewirtschaftung zu bekommen. Insgesamt seien bis zur letzten Woche im Jahr 2007 Einnahmen in Höhe von 405.000 € erzielt worden, was im Vergleich zum Vorjahr lediglich eine Steigerung von rund 4.000 € bedeute. Hieraus erkenne man, dass eher die günstigeren Parkplätze genutzt würden. Auch sei festzustellen, dass nach Auswertung der neuen Parkscheinautomaten die sog.

Brötchen-Taste, die ein freies Parken in den ersten 15 Minuten erlaubt, gerne genutzt wird und der Stadt hierdurch Einnahmeverluste entstünden. Man habe sich bewusst entschieden, die Situation bezüglich der Parkraumbewirtschaftung zunächst weiter abzuwarten, bevor erneute Veränderungen beschlossen würden. Unter Bezugnahme auf die Punkte 3.1. und 3.2 der Vorlage sagt er zu, im Falle eines positiven Signals aus dem Ausschuss für die nächste Sitzung eine Vorlage mit einem Vorschlag zur Bewirtschaftung zu unterbreiten. Während der Marktplatz in Refrath in der Vergangenheit immer wieder Thema im Ausschuss gewesen sei und man im Vergleich zu den übrigen Stadtteilen vorschlage, dort wieder eine moderate Parkraumbewirtschaftung einzuführen, habe man im Hinblick auf den P + R Platz in Duckterath festgestellt, dass dieser bereits heute an die Grenzen seiner Auslastung stoße. Im Falle einer Bewirtschaftung könnte angedacht werden, einen Teil der Fläche des ehemaligen Sportplatzes mit zu nutzen.

An die bevorstehenden Änderungen in der Parkraumlanschaft durch den Wegfall der städtischen Parkplätze am ehemaligen Zollamt sowie die Neuerrichtung von über 1.000 neuen Parkplätzen in den beiden neuen Einkaufszentren erinnert Herr Waldschmidt. Dort würden die Kunden damit angelockt, dass die erste Stunde gebührenfrei sei und die nachfolgenden Stunden 1 € kosten würden, insofern sei es ein falscher Weg, eine Gebühr von 1,50 € pro Stunde an zentral gelegenen Parkplätzen durch die Stadt festzusetzen. Er schlägt daher vor, ebenfalls die veränderten Bedingungen abzuwarten und dann nochmals über die Parkraumbewirtschaftung zu diskutieren. Zur Frage der Bewirtschaftung des Marktplatzes in Refrath erinnert er an die damaligen Probleme, die letztendlich dazu geführt haben, den Platz wieder aus der Bewirtschaftung zu nehmen und schlägt vor, diesen Punkt noch zurückzustellen. Anders sehe die Situation am P + R Platz in Duckterath aus. Hier interessiere ihn zunächst die Frage, woher die dort parkenden Fahrzeuge kommen, da es nicht das Ziel sein könne, hier kostenlose Parkplätze für Autofahrer, die nicht aus Bergisch Gladbach kommen, zu schaffen. Er schlägt vor, dies zu untersuchen und in der nächsten Sitzung hierüber nochmals zu diskutieren.

Nach Ansicht von Herrn Jung sei der Anstieg der Parkplatznutzer auf dem P + R Platz Duckterath auf den Wegfall der Parkplätze im ehemaligen Parkhaus am Busbahnhof Bergisch Gladbach zurückzuführen. Jedoch sei der Parkplatz auch in der Vergangenheit stark frequentiert gewesen, insofern plädiere er dafür, auch dort eine geringe Parkgebühr zu verlangen und den Parkplatz ggf. zu erweitern. Für den Marktplatz Refrath schlägt er ebenfalls vor, die weitere Entwicklung noch abzuwarten. Ferner möchte er von der Verwaltung den Stand der Entwicklung des Parkleitsystems wissen. Seinerzeit sei gesagt worden, dass das Parkleitsystem leicht zu verändern sei, d.h. soweit Parkplätze wegfallen bzw. hinzukämen, könne man dieses durch Module leicht verändern. Er bittet daher vor dem Hintergrund der neuen Parkhäuser sowie den zeitweisen Engpass, bedingt durch den Wegfall der Parkplätze am ehemaligen Zollamt, dieses Parkleitsystem umgehend einzuführen, um auf vorübergehende Alternativen hinzuweisen. Eine solche Alternative sei beispielsweise das Parkhaus des evangelischen Krankenhauses. Hier schlägt er vor, von der Hauptstraße aus einen Fußweg zum Parkhaus hin anzulegen, um nicht über die Ferrenbergstraße auf die Hauptstraße gelangen zu müssen. Insgesamt gesehen müsse man aber davon ausgehen, dass die Einnahmesituation sich nicht mehr verbessern dürfte. Sollte sich dies abzeichnen, müsse über evtl. Änderungen nachgedacht werden. Abschließend bittet er die Verwaltung um Überprüfung, ob die Parkscheibenpflicht auf dem Parkplatz an der Höffenstraße nicht um eine Stunde

verlängert werden könne.

In Sachen Parkleitsystem erklärt Herr Hardt, dass dieses zu aktualisieren sei. Er schlägt vor, die Konzeption des Parkleitsystems dem Ausschuss vorzustellen und ggf. dann einen Maßnahmebeschluss darüber evtl. bereits in der Juni-Sitzung zu fassen.

Herr Schmickler erklärt, dass man im Hinblick auf die zukünftige Stellplatzsituation in der Stadtmitte bereits Gespräche mit der Immobilien- und Standortgemeinschaft geführt habe. Nach gemeinsamer Auffassung liege das Parkhaus des evangelischen Krankenhauses jedoch zu weit außerhalb, um zu einer nennenswerten Entzerrung beizutragen. Insgesamt sei die kritische Phase jedoch nicht so lang wie befürchtet. Da die 450 neuen Parkplätze in der Rhein-Berg-Passage im September fertig gestellt würden und 200 Parkplätze auf dem Grundstück des alten Zollamtes voraussichtlich ab Juli wegfallen, gebe es eine kritische Phase von rund 2 Monaten, die zum größten Teil auch noch in die Ferien falle. Insofern seien seine Sorgen nicht so groß, zumal man mit gezielten Lösungen in dieser kritischen Zeit den Parkraumengpass durchaus überbrücken könne und schon in Herbst mehr Parkraum als bisher im Stadtzentrum zur Verfügung stehe.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Fischer sollte man die Bewirtschaftung des Marktplatzes in Refrath ebenfalls zunächst zurückstellen. Er weist darauf hin, dass der Platz entgegen den Ausführungen in der Vorlage in der Woche nicht ständig von Dauerparkern belegt sei, auch sei eine Bewirtschaftung seiner Ansicht nach kontraproduktiv, da dann wieder auf die Nebenstraßen ausgewichen werde. In Sachen P + R Platz Duckerath bittet er um Überprüfung, ob eine Kombination zwischen Bahn- und Parkticket möglich sei. Des weiteren berichtet er von einem interfraktionellen Gespräch zur Parkraumbewirtschaftung, deren Ergebnisse in einer gemeinsamen Anfrage von FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN zusammengefasst worden seien. Er bittet in diesem Zusammenhang, auch den Fachbereich 3 entsprechen zu beteiligen.

Sowohl die Notwendigkeit auf dem Marktplatz in Refrath als auch auf dem P + R Platz Duckerath eine Parkraumbewirtschaftung einzuführen, sieht Herr Ziffus. In diesem Zusammenhang weist er nochmals darauf hin, dass die privaten Tiefgaragen in Refrath ständig freie Plätze aufweisen würden. Vor diesem Hintergrund könne man nicht hingehen, die Preise der privaten Anbieter finanziell zu unterbieten und so eine Konkurrenzsituation schaffen. Weiterhin müsse seiner Ansicht nach berücksichtigt werden, dass die beiden neuen Einkaufszentren aller Voraussicht nach bis 22.00 Uhr öffnen würden. Insofern würde es sich anbieten, auch die gebührenpflichtigen Zeiten der städtischen Parkplätze an die Öffnungszeiten der Parkhäuser anzupassen. Auch müsse man mit den Händlern in der Innenstadt Bergisch Gladbach eine Vereinbarung treffen, wonach diese bereit seien, Ihren Kunden die Parkgebühren für die erste Stunde zu erstatten. Er halte dies für gerecht, da in den Einkaufszentren auch die erste Stunde frei sei und für alle Geschäfte in der Innenstadt gleiche Bedingungen gelten sollten.

Herr Dr. Kassner merkt an, dass eine Parkraumbewirtschaftung seiner Ansicht nach nur dann Sinn mache, wenn Parkraum knapp sei. In Refrath hingegen sei Parkraum nicht knapp, so dass eine Bewirtschaftung des Marktplatzes seiner Ansicht nach keinen Sinn mache.

Hierzu erwidert Herr Dr. Steffen, dass eine Nichtbewirtschaftung von Parkraum

einem Verzicht auf Einnahmen gleichkäme. Des weitern bittet er unter Hinweis auf den Beitrag von Herrn Waldschmidt entsprechende Alternativen für auswärtige Parker, die die S-Bahn in Richtung Köln benutzen, aufzuzeigen.

Herr Lang verweist auf den Kern der Vorlage und schlägt vor, in beiden von der Verwaltung aufgezeigten Fällen eine Parkraumbewirtschaftung durchzuführen.

Unter Bezugnahme auf die Wortmeldung von Herrn Dr. Steffen weist Herr Waldschmidt darauf hin, dass der S-Bahnhof Bergisch Gladbach aus allen Stadtteilen mit dem Bus sehr gut zu erreichen sei.

Abschließend bittet der Vorsitzende, die Situation der Parkraumbewirtschaftung vor dem Hintergrund des Wechsels der Parkraumsituation in der Innenstadt im Auge zu behalten sowie über die Meinung der Ausschussmitglieder nachzudenken und deren Anregungen aufzunehmen.

<-@

10 **Investitionsprogramm des Abwasserwerks 2007 - 2022** **(Sanierung des Kanalnetzes, Regenwassereinleitung/-behandlung)**

@-> Unter Hinweis auf Seite 24 der Vorlage möchte Herr Dr. Fischer wissen, um welche 94 Projekte der Regenwasserbehandlung es sich im Einzelnen handelt. Seiner Ansicht nach seien die Vorgaben der Aufsichtsbehörden in diesem Punkt überzogen, da ihm nach Rückfragen im Ministerium mitgeteilt wurde, dass Ausnahmen durchaus genehmigt werden könnten und zulässig seien.

Hierzu teilt Herr Wagner mit, dass die Unterlagen über den Stand der Regenwasserbehandlung und -rückhaltung seit dem 12.04.2006 der unteren Wasserbehörde und der Bezirksregierung zur Genehmigung vorlägen. Eine Stellungnahme hierzu sei für den Zeitraum nach Ostern angekündigt. Anschließend habe er geplant, den Ausschuss in einer der kommenden Sitzungen über die Maßnahmen, die zwingend verlangt würden, zu informieren. Nicht nachvollziehen könne er die pauschale Aussage des Ministeriums, da dieses nicht wissen könne, wo eine Regenwasserklärung bzw. -rückhaltung nach dem entsprechenden Trennerlass zwingend erforderlich sei oder nicht.

Herr Ziffus erinnert an die besondere Lage Bergisch Gladbachs. Demnach läge der Siedlungskern östlich des Bereichs der Grundwassergewinnung im Zulaufbereich des Grundwassers. Von daher gelange das Wasser, welches aus der Kanalisation in die Bäche eingeleitet wird, früher oder später über das Grund- in das Trinkwasser.

Darüber hinaus nimmt der Ausschuss die Vorlage zur Kenntnis.

<-@

Vorstellung des Hochwasserkonzeptes Strunde

@-> Herr Pohle vom Ingenieurbüro Fischer, Solingen stellt das Hochwasserkonzept des Strundeverbandes anhand der als Anlage zur Niederschrift beigefügte Präsentation vor.

Im Anschluss dankt der Vorsitzende Herrn Pohle für seine aufschlussreiche

Präsentation zum Thema Strunde.

Auf Anfrage von Herrn Jung, inwieweit die Ideen des Bürgervereins Gierath/Schlodderdich in die Maßnahmen HRB Kieppemühle einfließen, antwortet Herr Wagner, dass beabsichtigt sei, den Bürgerverein nach Erstellung des Konzeptes in die weiteren Planungen mit einzubinden.

Herr Rosen hält ein Hochwasser für die Innenstadt von Bergisch Gladbach für nicht vorstellbar. Herr Wagner erklärt sich bereit, ihm Bilder des Hochwassers vom 20.04.2000 in der Innenstadt von Bergisch Gladbach zu zeigen.

Herr Ziffus bestätigt die Aussage von Herrn Wagner und erinnert daran, dass dies noch nicht einmal ein HQ 100 Ereignis gewesen sei. Ferner weist er nochmals darauf hin, dass sich die Strundequelle östlich von Herrenstrunden befindet. Im übrigen sei das vorgestellte Konzept in Ordnung, zumal die Überflutung der Flächen in der Schlucherheide nicht neu ist und keine gravierende ökologischen Eingriffe zu erwarten seien. Ungeachtet dessen plädiert er nochmals für eine durchgehende Öffnung der Strunde. Da der Verlauf nicht mit Gebäuden überdeckt sei, sei dies auch im Bereich des Zanders-Geländes durchaus möglich. Weiter befürwortet er die Vorschläge im Bereich des Gronauer Kreisels, während im Bereich der Fa. Roplasto durch einen Flächentausch ebenfalls eine Öffnung möglich sei.

Die Frage von Herrn Dr. Fischer, inwieweit in den Zahlen auf Seite 25 der Vorlage die Kosten für den Ableitungskanal durch die Innenstadt mit enthalten seien, wird von Herrn Wagner verneint. Dies wird von Herrn Schmickler damit begründet, dass diese Maßnahme vom Strundeverband finanziert wird und sie deshalb in den Kosten des Abwasserwerks der Stadt nicht mit enthalten sei.

Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Fischer, ob aufgrund der Anteile der Stadt am Strundeverband durch Umlagen eine anteilige Finanzierung erfolge, erklärt Herr Schmickler, dass dies zutreffe.

Herr Wagner stellt nochmals klar, dass in der Tabelle auf Seite 25 der Vorlage nur die Maßnahmen aus dem Investitionsplan enthalten seien, bei denen es sich um Sofort- und Sanierungsmaßnahmen sowie Maßnahmen zur Regenwasserklärung und –rückhaltung handele. Man müsse bedenken, dass Maßnahmen zum Hochwasserschutz die gleiche Priorität haben müssten. Diese Kosten würde jedoch vom Strundeverband getragen und seien im Wirtschaftsplan lediglich über den Anteil an der Umlage für den Strundeverband enthalten.

Inwieweit für diese Maßnahmen des Strundeverbands die Beschlussfassung des Ausschusses notwendig sei, möchte Herr Dr. Fischer wissen.

Diesbezüglich weist Herr Schmickler darauf hin, dass der Strundeverband über seine Investitionen selbständig entscheidet. Der Grund, warum die Thematik dennoch auf der heutigen Tagesordnung stehe, sei neben der Information über die Maßnahmen auch die voraussichtliche finanzielle Beteiligung der Stadt in Höhe von rund 20 Mio. € an den Maßnahmen zum Hochwasserschutz.

Über welchen Zeitraum sich dieser riesige finanzielle Aufwand verteilen wird, möchte Herr Rosen wissen.

Hierzu erklärt Herr Wagner, dass das Hochwasserkonzept innerhalb der nächsten 5 Jahre nicht umsetzbar sei, ein Zeitrahmen von 10 Jahren sei hingegen realistischer.

<-@

11 Sanierung und Erweiterung des Hochwasserrückhaltebeckens (HRB) Kieppemühle

@-> Herr Dr. Fischer möchte wissen, warum diese Maßnahme als Teil der Strunde nicht durch den Strundeverband finanziert wird.

Hierzu erklärt Herr Wagner, dass das HRB derzeit ausschließlich der Hochwasserrückhaltung diene. Nunmehr biete es sich jedoch an, das Becken zusätzlich als Rückhaltebecken zur Gewässereinleitung zu nutzen. Dies wiederum sei nach dem Verursacherprinzip Aufgabe des Abwasserwerks, so dass dieses die Kosten zu tragen habe.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Fischer stehe im vorliegenden Fall dennoch der Gewässerschutz im Vordergrund, so dass nach seiner Auffassung nach die Kostentragungspflicht beim Strundeverband läge.

Herr Wagner weist nochmals darauf hin, dass das Abwasserwerk Schäden durch eine unkontrollierte Einleitung aus der Regenwasserkanalisation verhindern müsse. Dies könne nur durch eine Rückhaltung entweder vor oder unmittelbar nach der Einleitung in das Gewässer erreicht werden. Verursacher dieser Einleitung sei jedoch die Kanalisation.

Für Herrn Lang ist nicht erkennbar, was unter einer unkontrollierten Einleitung zu verstehen sei und wer diese verursache. Er persönlich habe den Eindruck, dass niemand im Ausschuss von der Maßnahme überzeugt sei.

Herr Wagner stellt nochmals klar, dass die Möglichkeit bestehe, alles was in der Regenwasserkanalisation aufgefangen wird, ungebremst und somit unkontrolliert in das Gewässer einzuleiten. Dies schade jedoch dem Gewässer, so dass es Aufgabe des Abwasserwerks sei, das Regenwasser zu sammeln, abzuleiten und schadlos in ein Gewässer einzuleiten.

Auf Anfrage von Herrn Krafft, ob auch Odenthal Mitglied im Strundeverband sei, antwortet Herr Schmickler, dass neben Odenthal auch Kürten mit einem geringen Anteil Mitglied des Strundeverbandes sei.

Sodann fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 10 Ja-Stimmen (CDU, SPD, Bündnis 90/DIE GRÜNEN) bei einer Gegenstimme (BfBB) und 3 Enthaltungen (FDP und KIDitiative) folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Sanierung und Erweiterung des Hochwasserrückhaltebeckens Kieppemühle mit einem geschätzten Gesamt-Investitionsvolumen von 1,7 Mio. € brutto.

<-@

@-> <-@

12 Erneuerung der Straße "Am Lindenhof"

@-> Herr Jung beantragt in Abstimmung mit der SPD-Fraktion die Vertagung über die Beschlussfassung, da noch Abstimmungsbedarf mit den Anliegern bestünde.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Steffen sei nicht nachvollziehbar, warum die Linde im Wendehammer entfernt und nicht neu gepflanzt werden soll, da dieser Baum ortsbildprägend sei.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr mit 13 Ja-Stimmen bei einer Enthaltung aus den Reihen von Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Beschluss:

Die Beschlussfassung wird vertagt.

<-@

@-> <-@

13 **ÖPNV-Beschleunigung an Lichtsignalanlagen in Bergisch Gladbach hier: Erneuerung der Anlagen Bensberger Straße, Mülheimer Straße, Gronauer Kreis, Refrather Weg, Dolmanstraße/Vürfelser Kaule und Kölner Straße**

@-> Auf die Frage von Herrn Dr. Fischer, ob die Ausgaben von 450.000 € im Investitionsplan enthalten seien und nicht unter die Vorgaben der Kommunalaufsicht als freiwillige Leistungen fallen, antwortet Herr Hardt, dass diese Mittel im Wirtschaftsplan 2007 mit einer Verpflichtungsermächtigung für 2008 vorhanden seien. Es handele sich um eine Maßnahme aus dem Haushaltssicherungskonzept, bei der Einsparungen bei den Wartungs- und Energiekosten zu erwarten seien.

Anschließend fasst der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr einstimmig folgenden Beschluss:

Der Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr beschließt die Maßnahme ÖPNV-Beschleunigung an Lichtsignalanlagen in der vorgestellten Form.

<-@

@-> <-@

14 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Herr Lang:

Ist der Vorsitzende bereit, zukünftig Beschlussvorschläge vor den Mitteilungsvorlagen in die Tagesordnung aufzunehmen?

Der Vorsitzende sagt zu, dies anhand der Geschäftsordnung zu überprüfen.

(Anm: Die Aufstellung der Tagesordnung in den Rats – bzw. Ausschusssitzung wird durch § 3 Abs. 3 Geschäftsordnung (GeschO) geregelt. Nach Nr. 4 sind Mitteilungsvorlagen zwingend vor den Beschlussvorlagen Nr. 7 bzw. Nr. 8 zu behandeln.)

Herr Dr. Steffen:

Es geht um die Entfernung des Pappelwäldchens im Bereich B-Plan Gebiet Welscher Heide. Dort wurden Bäume entfernt, weil sie angeblich Pilzbefall hatten. Im maßgeblichen B-Plan wird die Fläche jedoch als Ausgleichs- bzw. öffentliche Grünfläche ausgewiesen. Ist es in einem solchen Fall nicht erforderlich, eine Ersatzpflanzung vorzunehmen?

Herr Schmickler sagt für diesen Einzelfall eine schriftliche Beantwortung zu. Jedoch begründe die Festsetzung eines zu erhaltenden Baumes im Bebauungsplan nicht automatisch eine Ersatzpflanzung, da eine Festsetzung in der Regel deswegen erfolge, weil sie stadtbildprägend seien. Bei einer Ersatzpflanzung hingegen trete keine stadtbildprägende Wirkung ein. Es sei anderes, wenn ein Bebauungsplan die Verpflichtung enthält, einen Baum anzupflanzen.

Herr Ziffus:

Der Forumpark ist mit zweckgebundenen Landesmitteln als Parkanlage errichtet worden. Ist diese Nutzung als Parkanlage bzw. Festplatz an die Gewährung der Landesmittel gebunden? Weiterhin hat die Bundesregierung meiner Kenntnis nach beschlossen, Maßnahmen zur Senkung des CO₂-Ausstosses bis 2020 um 30 % zu ergreifen. Ein nahezu identischer Antrag sei vor kurzem vom Ausschuss abgelehnt worden. Wenn nunmehr ein solcher Beschluss der Bundesregierung ergehe, stelle sich für ihn die Frage, ob die Kommune an eine solche Entscheidung gebunden sei.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass man im Falle des Forumparks lediglich über eine provisorische Nutzung von 6 – 8 Wochen rede. Seiner Ansicht nach entstehe hierdurch keine Beeinträchtigung der Zweckbindung, insofern sei fraglich, ob dies überhaupt Auswirkungen in Form einer Rückzahlung der Fördergelder habe, soweit nicht schon die Zweckbindung ohnehin ausgelaufen sei. Ungeachtet dessen versichert er, dass durch die kurzfristige Nutzung als Parkplatzfläche keine nachhaltige Schädigung des Parks eintrete. Zur zweiten Frage erklärt er, dass es dort keinen Automatismus in Bezug auf eine Bindung für die Kommunen gebe.

Herr Waldschmidt:

Hat sich die Verwaltung schon Gedanken gemacht, welche Auswirkungen die provisorische Nutzung des Forumparks als Parkplatz auf die Verkehrssituation hat, da der Park nur aus Richtung Osten anfahrbar ist? Alle diejenigen, die aus Richtung Bensberg bzw. Köln kämen, müssten, um die Parkplätze zu nutzen, eine riesige Umfahrung in Kauf nehmen, was wiederum zu Mehrverkehr führt. Gibt es hier schon entsprechenden Untersuchungen? Alternativ könnte man überlegen, das Gelände des ehemaligen Güterbahnhofs als Parkplatzfläche zu nutzen.

Herr Schmickler weist daraufhin, dass die Überprüfungen in Sachen Forumpark noch andauern. Derzeit gebe es noch keine konkreten Vorschläge, die auf seinem Tisch lägen. Er sagt jedoch zu, die Hinweise von Herrn Waldschmidt aufzunehmen und den Ausschuss in der Zukunft über den weiteren Verlauf zu informieren, zumal diese Maßnahmen im Zeitraum Juli/August 2007 relevant werden dürften.

Sodann schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung um 20.15 Uhr. <
@

Vorsitzender

Schriftführer